

Wann beginnt die Ausbeutung?

Kostenstrukturen und Verteilungsspielräume im Feld der Sexarbeit am Beispiel des „Haus9“**

A. Verzerrende Begriffe - (weiße) Sklaverei und Menschenhandel

Die Diskussion um die Sexarbeit wird von Erzählungen um Gewalt und Ausbeutung dominiert. Es geht abolitionistisch um „(weiße) Sklaverei“, um Mädchen-, Kinder-, Frauen- und Menschenhandel, um vorgeblich exorbitante Gewinne, die ausbeuterisch von Banden, von organisierter Kriminalität erwirtschaftet werden. Die alte Erzählung von verschleppten jungen weißen Frauen hatten keine materielle Grundlage, wie *Dietmar Jazbinsek* (1, 2002, 3) herausarbeitet. Gleiches gilt für die, wie *Nick Davies* dies nennt, *Moralic Panic* gegen die Sexarbeit (2, *The Guardian*, 20.10.2009). Nichtsdestotrotz sind beide politisch wirkungsmächtig. Sie finden sich in der aktuellen Gesetzgebung zur Sexarbeit, im Begriff des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung und neuerdings auch in einer Definition der „Zwangsprostitution“, die auf dem Gesetzgebungsweg ist. (3, Bundesregierung Drs. 18/4613, 7)

Im Weiteren werden diese verzerrenden Begriffe nicht dekonstruiert (4, *Huland* 2012, 16). Wegen ihrer Wirkungsmacht seien sie hier aber erwähnt. *Peter Senn*, Betreiber einer Schweizer Bar in der sexuelle Dienstleistungen angeboten werden, meint dazu: „Ein Verbrechen muss sich auszahlen. Frauen zur Prostitution zu zwingen, lohnt sich nicht.“ (5, baz-online vom 16.12.2014) Der personelle und strukturelle Aufwand, der zur Bewachung von Betroffenen seitens der Organisierenden betrieben werden müsste, so kann *Senn* verstanden werden, steht, auch angesichts der erheblichen Nachfrage nach Arbeitsorten, wie dem seinen, in keinem Verhältnis zu den Gewinnen, die, rational betrachtet, durch ein Geschäftsmodell des Zwangs erwirtschaftet werden können.

Anhand der Daten des „Haus9“, eines kleinen bordellartigen Betriebs in Bremen, der bis zu vier Arbeitsorte für Sexarbeitende bereit hält, geht es nicht um die Frage der ökonomischen Rationalität von direktem Zwang zwecks Ausbeutung von Sexarbeitenden, sondern um die Frage welche Mieten unter Berücksichtigung des Umfeldes in dem Sexarbeit stattfindet und unter Berücksichtigung der Veränderungen die sich in der Sexarbeit zeigen oder abzeichnen, unternehmerisch begründbar sein könnten. (6, *Fricke* 15.06.2016, sw.at)

B. Erläuterungen zum „Haus9“

Das „Haus9“ stellt insgesamt vier Arbeitsorte - nicht Arbeitsplätze im Sinne sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse - zur Anmietung durch selbständig und selbstbestimmt tätige (freiberufliche) Sexarbeitende zur Verfügung. Vergleichbar, wenn auch in den Dimensionen verschieden, ist die Vermietung von Geschäftsräumen durch Shopping-Malls. Dort wird Mietenden, so wie im „Haus9“, eine schlüsselfertige Infrastruktur in einem Konsumenten an- und entsprechenden Umfeld angeboten. In der Mall zumeist von Corporate Identity/Design, PR und weiteren Dienstleistungen begleitet. Das „Haus9“ bietet, zum Nachteil der Mietenden, solche Leistungen seit 2014 nicht mehr an, da Scheinselbständigkeit vermutet werden könnte.

Die Mietenden haben - bei geringen Investitionskosten - höhere Mieten zu zahlen, können dafür aber ein vollständig ausgestattetes und etabliertes Arbeitsumfeld nutzen. Zur Einordnung: Andere Segmente der Indoor-Sexarbeit, wie FKK Clubs, Laufhäuser, und Modell-Wohnungen (mit zumeist zwei Arbeitszimmern) folgen nicht selten einem ähnlichen Geschäftsmodell. Relativ hohe Mieten sind im voraus (auch tageweise) zu zahlen, damit Sexarbeitende - bei geringen Investitionskosten - über einen funktionierenden Arbeitsort verfügen können.

Das „Haus9“ ist laut Baugenehmigung ein *bordellartiger Betrieb*. In der Gewerbebeanmeldung trägt der Betrieb die Bezeichnung *Gewerbliche Vermietung von Arbeitsorten an selbständig in der Sexarbeit tätige Menschen*. Vier Zimmer können vermietet werden. Sie verfügen jeweils über eigene Klingeln. Die Mieterinnen haben Schlüsselgewalt für ihre persönlichen Zimmer und für die Eingänge zum „Haus9“, bewerben ihren Service eigenständig, sind auf eigenen Handys erreichbar und nutzen daneben die zwei im Hause vorhandenen Bäder ebenso, wie den Waschkeller, die Küche, die Lagermöglichkeiten, sowie einen Aufenthaltsraum. Die Wochenmiete beträgt im voraus zu zahlende 300 € je Zimmer. Darüber hinaus erfolgen keine Zahlungen seitens der Mietenden an das „Haus9“.

Der personelle Aufwand zur Fertigstellung der Location wurde weitgehend durch Mitglieder der Familie der Betreibenden erbracht. Die Schätzung dieses Aufwands, zu dem die Barmittel und die personellen Leistungen gezählt werden, beläuft sich auf ca 100.000 € (7, *Fricke* 09.05.2014, sw.at). Ausgangspunkt ist ein Wert von 20 € je geleisteter Arbeitsstunde.

Von der Anmietung der Immobilie, bis zur Fertigstellung und zum Beginn des Betriebs vergingen fast 14 Monate. Die Baugenehmigung erfolgte ungefähr zehn Monate nach Bauvoranfrage. Solche Zeiträume sind für bordellartige Betriebe nicht ungewöhnlich. Es ist aufwendig passende Miet- oder Kaufobjekte zu finden. Die Genehmigung einer Pommesbude ist zügiger erledigt. Ausstattung des „Haus9“ und genannte Investitionen liegen, so Betreibende aus dem BSD e.V. (<http://www.bsd-ev.info/>) und BesD e.V. (<http://berufsverband-sexarbeit.de/>), im oberen Mittelfeld für bordellartige Betriebe.

C. Wucherischen Mieten?

In der Bremer Öffentlichkeit, über die der Autor aus eigenem Wissen berichten kann, sind auch Pro-Sexarbeit-Aktive, bzw. die der Sexarbeit akzeptierend Gegenüberstehenden der Auffassung, dass die Mieten für Sexarbeitsorte unzulässig hoch, wenn nicht wucherisch sind. Eine Vertreterin einer Pro-Sexarbeit sprechenden Beratungsstelle beantwortete am 10.03.2016 (8, *Fricke* 15.06.2016, sw.at) die Frage, welches Anliegen der Sexarbeiterinnen Vorrang habe, dass dies die hohen Mieten seien. Ähnlich eine Sexarbeiterin «Am 03.04.2014 fand in Bremen eine Veranstaltung "Prostitution - Macht - Geschlecht" statt, an der u.a. die Zentralstelle fuer die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF), die Polizei und Sie beide, Ehepaar Lara Freudmann und Klaus Fricke, teilnahmen. Dabei wurde u.a. auch ihre Wuchermiete von 300 € die Woche zur Sprache» (9, *Fricke* 15.06.2016, sw.at) gebracht. Für die Redakteurinnen der EMMA ist es ausgemacht: «Die Profitraten liegen bei bis zu tausend Prozent. ... Davon können die Drogen- und Waffenhändler nur träumen.» (10, *EMMA*, 02.09.2014) Eine differenzierte Begründung dieser Aussagen fehlt.

Die Diskussion um die Regulierung der Sexarbeit, befasst sich ausführlich mit dem Problem des Wuchers und der Ausbeutung. Kein Wunder, wenn das Urteil Wuchermiete von Sexarbeitenden und deren Unterstützer*innen geteilt wird. Sowohl im Regierungsentwurf zur Reform des Prostitutionsrechts (11, *Dt. BdTg, Drs. 18/8556*, § 16 Abs. 1, § 26 Abs. 3, 5 und 6, im Weiteren *ProstSchG-RgE*), als auch in dem zum Menschenhandel, erhält das Thema der Ausbeutung und des Wuchers (*grobes Missverhältnis*) entsprechend Aufmerksamkeit.

D. Kaum Forschung - Keine Daten - Keine Kriterien

Aus wissenschaftlicher Sicht ist es überraschend, dass die Annahme von *Wuchermieten und Ausbeutung* nicht durch Forschung zur Gestaltung der Mieten durch Betreibende von Sexarbeitsorten begleitet wird, sondern zum *ultima Ratio* Instrument des Strafrechts - Zuhälterei und Menschenhandel - gegriffen wird. *Frommel* charakterisiert dies als bizarren Umweg, der «zu nichts führt und auch zu nichts führen kann» (12, 2016, NK Heft 1, 5).

Mieten für ein 15 qm Zimmer von 300 € bis zu über 1.000 € (Pascha - Köln), pro Woche erscheinen unverständlich. Entsprechende Daten, aus denen Bewertungskriterien gewonnen werden könnten, wann

eine Miete wucherisch ist, liegen nicht vor. Die Bereitschaft sich mit solchen Fragen zu befassen, ist bisher, soweit der Autor dies feststellen konnte, sowohl was die Aktiven des Feldes der erotisch-sexuellen Dienste, aber auch die finanzierte Forschung angeht (13, *Reichel und Popper*, Aufklärung und Politik, Heft 2 2003, S. 20), nicht verbreitet.

E. Kostenstrukturen und Verteilungsspielräume - Fakten zum „Haus9“

An dieser Stelle daher Daten zum „Haus9“, vorrangig aus dem Jahr 2015, Aussagen zur Entwicklung des Umfeldes der Vermietung an Sexarbeitende in Bremen und ein Geschäftsausblick, der die Auflagen im Blick hat, die das *ProstSchG-RgE* enthält.

Tabelle 1 - Übersicht „Haus9“ Geschäftsjahr 2015

Einnahmen Vermietung Betriebsführ.	Ausgaben Betriebsführ.	Abschreib.	Personeller Aufwand	Jahresergeb. oh. Abschr. u. pers. Aufw.	Jahresergeb. ohne pers. Aufwand	Jahresergeb. inkl. Abschr. u. pers. Aufw.
60.730,06 €	-39.782,78	ca - 10.000 €	ca - 26.000 €	20.947,28	ca 11.000 €	ca - 15.000 €

Erläuterungen zu den Daten

- Abschreibung

Die zur Eröffnung des „Haus9“ ca investierten 100.000 € sollen innerhalb von zehn Jahren erwirtschaftet werden. Die Abschreibung für das „Haus9“ beläuft sich so auf 10.000 € / Jahr. Der Unternehmensverband des Erotikgewerbes (<http://www.uegd.de/>) hat demgegenüber durch seinen Geschäftsführer Holger Rettig empfohlen, einen Abschreibungszeitraum von fünf Jahren, - aufgrund der Risiken in diesem Feld branchenüblich - zu veranschlagen.

- Personeller Aufwand

Der personelle Aufwand im Zusammenhang mit der Betriebsaufnahme des „Haus9“ (Beantragung, Miete bis zur Eröffnung, Entkernung, Sanierung, Ausstattung des angemieteten Objekts) wurde 2010 / '11 mit 20 € / Stunde berechnet. Der personelle Aufwand im Zusammenhang mit dem Betrieb des „Haus9“ wird seit 2015 mit 25 € / Stunde veranschlagt (14, *Spiegel Online*, 12.05.2016). Er umfasst u.a. die Pflege der Immobilie, die Buchhaltung, die auch schriftliche Information der Mietenden in ihrer Muttersprache (15, *Fricke* 15.06.2016, sw.at), die Akquise von Mietenden, die Dokumentation der Mietverhältnisse und den Werbeaufwand, der zum Erhalt des Betriebes geleistet wird. Darin sind z.B. Beiträge zu Berufsverbänden enthalten.

Alle Leistungen, die erbracht werden, um auf politische Willensbildung und auf Gesetzgebung zur Sexarbeit Einfluss zu nehmen zählen ebenfalls zu den Werbungsausgaben. Mit diesen ist der Autor dieses Artikels für das „Haus9“ befasst. Angesichts der marginalisierten Position der Inhabenden von Sexarbeitsorten (Zuhälter*innen-Stigma) sollten diese die Einflussnahme auf politische und gesellschaftliche Diskurse als unternehmerische Tätigkeit wahrnehmen (7, *Fricke* 2014, S. 5 f).

- Buchführung

Seit dem II. Quartal 2015 erfolgt die Buchführung des Hauses auf der Grundlage einer Buchführungsliste (Einnahmen und Ausgaben) die auch Kostenstellen enthält. Diese ermöglicht Kostentransparenz und zumindest im Ansatz eine Vergleichbarkeit mit anderen Betrieben. Die Umstellung auf eine tagesgenaue Buchführung über eine Haushaltsliste ist auch der Erwartung geschuldet, dass der Gesetzgeber mit der Reform des Rechts für das Feld der erotisch-sexuellen Dienste solche Buchführung und Dokumentation zu verlangen beabsichtigt.

**Tabelle 2 - Übersicht der Betriebsergebnisse
Kostenstellen der „Haus9“ Buchführung 2016**

Nr.	Kostenstellen Erfassungszeitraum ab 01.04.2015 (II. bis IV. Quartal 2015)	Ergebnisse
1	Durchlaufene Kosten Eingehende und rückgezahlte Deponate (für Mietsachen), andere durchlaufende Kosten etc.	0,00
2	Mietzahlungen und Mieteinnahmen	9.900,00 45.700,00
3	Werbungskosten etc. - Zur Bewerbung des Gewerbes geschaltete Anzeigen, - Fachliteratur, Zeitschriften, Zeitungen, - Fortbildung, Seminare, Kongresse etc - eigene Veröffentlichungen - Übersetzungen - Reisekosten	827,95
4	KFZ im Zusammenhang mit Tätigkeiten geltend gemachte Kosten für Nutzung privater Fahrzeuge (ohne Reiskosten)	0,00
5	Ver- und Entsorgung Wasser / Abwasser, Müll, Strom, Gas etc	7.804,02
6	Sonstiges	0,00
7	Telekommunikation etc. Telefon, Internet, GEZ etc	699,88
8	Bauliche Unterhaltung und Investitionen - Renovierungen, Ersatz von Einrichtungsgegenständen, - Erweiterung der Ausstattung z.B. Büroausstattung (PC/Ducker etc) - Gartenpflege etc.	3.699,52
9	Verbrauchsmittel Reinigungsmittel, Winterdienstmaterialien, Handtücher, Bettbezüge, Kerzen, Büromaterial, etc	0,00
10	Versicherungen etc. Rechtsschutz, Gebäudeversicherung, Haftpflicht, Krankenkasse	867,33
11	Steuern etc. - Steuern und andere Abgaben an öffentliche Stellen, - Steuerberatung, - Buchhaltung durch Steuerberatung	1.659,10
12	Verbandsbeiträge etc. Mitgliedsbeiträge und Spenden an Organisationen, die gewerbliche Interessen vertreten	900,00
13	Bank-, Rechtsanwalts- und Gerichtskosten etc. - Kontogebühren, Kosten für Bankkarten, Kreditkosten etc - Rechtsbeistand, Gerichtsverfahren	104,95
	Kosten ohne Zuordnung zu Kostenstellen aus dem 1. Quartal 2015	13.320,03
	Mieteinnahmen aus dem I Quartal 2015	15.030,06
	Summe Ausgaben	39.782,78
	Summe Einnahmen	60.730,06
	Einnahmeüberschuss vor Abschreibung und personellem Aufwand	<u>20.947,28</u>

- Verlauf des Geschäftsjahres 2015

Das Geschäftsjahr '15 verlief erfreulich. Unerwartete Kosten traten nicht auf. Zu Beginn des Jahres wurde die Küche des Hauses erneuert und mit einer Schiebetür versehen. Die bauliche Unterhaltung belief sich inklusive dieser Maßnahme im Gesamtjahr auf 9.210,36 € wovon 6.455,73 € im 1. Quartal 2015 anfielen. Dies ist der Grund für die im Vergleich zu den Folgequartalen relativ hohen Kosten im I. Quartal 2015. Die Aufwendungen für bauliche Unterhaltung liegen in der Höhe des Vorjahres.

Der Leerstand war gering (6 Wochen), Mietausfall war lediglich in Höhe einer Wochenmiete entstanden und Mietminderungen wurden im Umfang von vier Tagesmieten gewährt. Die Mieteinnahmen beliefen sich auf 60.100 €. Hinzu kam eine Gutschrift aus der Jahresabrechnung eines Versorgers. Die Einnahmen entsprachen denen aus 2014 (60.000 €). Die Einnahmen in 2013 betragen 54.400 € und 32.140 € in 2012 (Jahr nach der Betriebsöffnung Mitte Juni 2011)

- Investitionen in die bauliche Substanz 2015

Zum Ende des Geschäftsjahres wären Renovierungsmaßnahmen in den Arbeitsräumen vorgenommen worden, sofern Rechtssicherheit zum Fortbestand der Betriebsstätte und Klarheit über umzusetzende bauliche Mindeststandards bestanden hätte.

Die '15 vorgelegten Referentenentwürfe zur Reform der Rechtssituation im Feld der erotisch sexuellen Dienste und die darin enthaltenen Auflagen für Inhabende von Sexarbeitsorten waren umfangreich und zudem unbestimmt. Unter dieser Rechtslage waren Erhaltungs- und Modernisierungsinvestitionen unternehmerisch nicht angezeigt. Die entsprechenden Investitionen wurden daher auf '16 oder später verschoben. Über Investitionen wird, vorbehaltlich eigener Klagen gegen diese schon jetzt die Dispositionen des „Haus9“ maßgeblich berührende neue Rechtslage, spätestens entschieden, sobald das neue Recht in Kraft tritt. Kosten für die Erhaltung der baulichen Substanz werden für '16 mit wenigstens 10.000 € kalkuliert, da die Bausubstanz durch fehlende Renovierung in '15 gelitten hat. Gesetzliche Vorgaben könnten eine deutlich höhere Summe erforderlich machen.

- Entwicklung des Geschäftsumfeldes

Die Nachfrage nach Arbeitsorten seitens Sexarbeitender ist aktuell rückläufig. Die Anzahl der in Bremen tätigen Sexarbeitenden ist, folgt man dem Umfang der durch sie geschalteten Werbung (16, Fricke 15.06.2016, sw.at), seit Dezember 2013 um ca ein Drittel zurückgegangen (17, 15.06.2016, sw.at). Die zu erwartende Rechtslage nach Einführung des neuen Gesetzes veranlasst die Sexarbeitenden, die Mietende des „Haus9“ sind, zur Überlegung, die Tätigkeit mit Geltung des Gesetzes aufzugeben. Inhabende von Modellwohnungen, die dem Autor bekannt sind, reagieren derzeit mit Überlegungen, ihre Vermietung einzustellen.

Unternehmerisch ist es nachvollziehbar, wenn hohe Abschreibungen kalkuliert, diese in die erhobenen Mieten eingepreist und die erzielten Einnahmen zur Deckung der erfolgten Investitionen herangezogen werden, ohne neue zu tätigen. Die Empfehlung des UEGD, Investitionen innerhalb von fünf Jahren abzuschreiben, sind nicht unbegründet.

Das „Haus9“ hält daran fest, einen Abschreibungszeitraum von zehn Jahren zu kalkulieren, verzichtet jedoch derzeit auf Investitionen zur Modernisierung- und Erhaltung, die angezeigt wären.

F. Erwartungen

Die hier vorgestellten Daten zum Betrieb des „Haus9“ verdeutlichen, dass dessen Führung mit (neuen) Risiken verbunden ist.

- Ob es dauerhaft gelingt eine gute Vermietungsquote zu erzielen, wie dies seit März 2013 für das „Haus9“ der Fall war (nicht jedoch zuvor) ist fraglich,
- Ob die Fortführung des Betriebes über 2017 hinaus möglich ist, ist angesichts der parlamentarisch angestrebten Rechtslage unklar,

- Ob das „Haus9“ es für vertretbar hält Kontroll-, Weisungs- und Dokumentationspflichten gegen Mietende durchzusetzen, obwohl diese verfassungsrechtlich bedenklich sind:
 - Datenschutzverstöße durch Erfassung von Daten zu sexuellen Handlungen,
 - Zwangsberatung (gesundheitlich / rechtlich) von Sexarbeitenden, bei denen die Teilnahme der von Sexarbeitenden gewünschten Dritten einseitig durch die zuständigen Beratenden ausgeschlossen werden kann,
 - Beschränkung der Berufsausübung durch behördliche Verweigerung der Aushändigung einer Anmeldebescheinigung an Sexarbeitende,
- ist, fraglich.

Mieterhöhungen könnten, ausgelöst durch die Absichten des Gesetzgebers, wirtschaftlich notwendig für Betreiber von Sexarbeitsorten sein. In Bremen liegt die wöchentliche Durchschnittsmiete derzeit bei 350 €. Die Steigerungen um 50 bis 100 € erfolgte vorrangig 2015. Ursächlich dafür: die Verknappung der Arbeitsorte durch Schließung solcher mit baurechtlicher Begründung.

Sexarbeitende werden so zusätzlich belastet. Die Reform des Rechts, die derzeit nicht unerhebliche auch bauliche Auflagen umfasst, verursacht nicht nur bei Vermietenden höhere Kosten. Die beabsichtigte obligate Trennung von Arbeits- und Schlafräumen, die branchenuntypisch und unangemessen ist, führt bei Sexarbeitenden zu steigenden Kosten.

Die Erhöhung der Kosten und unangemessene Auflagen gefährden die Vielfalt von und die ausreichende Versorgung mit Sexarbeitsorten. Viele kleine Betriebe werden die erforderlichen Investitionen kaum tragen können. Die Folge könnte eine Marktmacht größerer, kapitalstarker Akteure sein, die die Position von Sexarbeitenden eher schwächt, wenn nicht prekariert.

G. Bewertung

Die Erzählung von ausbeuterischen Betreibern, die den Diskurs um die Sexarbeit durchzieht, hat, eingedenk unzureichender Datenlage, eingedenk nicht oder unzureichend erfolgter Forschung, eine Richtung, die auch als amtliche Desinformation (18, *Fricke* 15.06.2016, sw.at) verstanden werden kann. Das Unwissen öffentlicher Stellen ist wenigstens ein fahrlässiges, wenn nicht ein absichtsvolles Systemversagen, da in der Expertise zur Evaluation des 2002er ProstG aus dem Jahr 2005, bereits angemahnt worden war, dass es auf Behörden- und Ministeriumsebene an der Umsetzung des `02er Gesetzes fehle. Die Ziele des Gesetzes, so die Kritik, würden unterlaufen werden. (19, *Helferich* u.a. 2005, 288 ff)

Als Mainstream erzeugen oder bestätigen die Desinformationen und Vorverurteilungen soziale Verachtung und legitimieren die Stigmatisierung der Aktiven des Feldes der erotisch-sexuellen Dienste. Sie sind nicht nur persönlichkeitsverletzend, sondern befeuern auch gegen dieses Feld ein sich verbreiterndes, demokratiegefährdendes Klima. (20, *Fricke* 15.06.2016, sw.at)

Der Autor ist Dipl. Soz.Päd (FH). Er ist seit über dreißig Jahren Kunde von Sexarbeitenden und seit 17 Jahren mit der Betreiberin des „Haus9“, einer aktiven Sexarbeiterin verheiratet. Seit 2013 vertritt er unter seinem Klarnamen Belange des Feldes der erotischen und sexuellen Dienstleistungen gegenüber der Öffentlichkeit. Er veröffentlicht als Fachmoderator Beiträge zur aktuellen Diskussion in der Pro-Sexwork-Community auf sexworker.at.

Quellen und Anmerkungen

Die ausführlichen Quellenangaben und Anmerkungen zu (1, ...) bis (20, ...), weitere Materialien und die Möglichkeit zur Diskussion finden sich aus Platzgründen auf <http://sexworker.at/> (sw.at), <http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?t=13338>, bzw. <http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?t=13346>

Quellen und Anmerkungen

(1)

Dietmar Jazbinsek - Der internationale Mädchenhandel - Biographie eines sozialen Problems

2002, Schriftenreihe der Forschungsgruppe „Metropolenforschung“ des Forschungsschwerpunkts Technik - Arbeit - Umwelt am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

<http://www.econstor.eu/dspace/handle/10419/49624> abgerufen am 17.04.2016 ca 17:30 Uhr

(2)

Nick Davies, Prostitution and trafficking – the anatomy of a moral panic, theguardian.com, 20.10.2009,

<http://archive.is/j1z9H> - abgerufen am 23.05.2016, ca 14:00 Uhr

(3)

Formulierungshilfe der Bundesregierung

für einen Änderungsantrag der Fraktionen CDU, CSU und SPD

Zusammenstellung des Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2011 zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/629/JI des Rates – Drucksache 18/4613

– mit den Beschlüssen des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (6. Ausschuss)

[https://www.bmfv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/Dokumente/Formulierungshilfe_Menschenhandel.pdf?](https://www.bmfv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/Dokumente/Formulierungshilfe_Menschenhandel.pdf?__blob=publicationFile&v=1)

[__blob=publicationFile&v=1](https://www.bmfv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/Dokumente/Formulierungshilfe_Menschenhandel.pdf?__blob=publicationFile&v=1) abgerufen am 17.04.2016 ca 17:30 Uhr

(4)

Anette Huland - Frauenhandel in Deutschland - Im Spannungsfeld von Abschiebungspolitik und Prostitution

Marburg 2012

«Die These der vorliegenden Arbeit ist, dass die (vorgebliche) Komplexität des Themas Menschenhandel zusammen mit der unterkomplexen und verwirrenden, zum Teil falschen Verwendung der Menschenhandels-Begriffe und -Daten verdeckt politische Funktionen erfüllt» (S. 16)

(5)

Peter Senn

in baz-online: **Auf Umwegen ins Rotlicht-Milieu**, Artikel von Franziska Laur. Aktualisiert am 16.12.2014

«Peter Senn arbeitete als Lehrer und Buchhalter. Heute gehört ihm der Night Club Red Palace. ... Bundesrätin Simonetta Sommaruga argumentiert ... Vielerorts würden die Tänzerinnen zur Prostitution und zu Alkoholkonsum gezwungen, auch unter Anwendung von Gewalt. „Das stimmt nicht“, sagt Peter Senn. Ohne die Aussicht, sich prostituieren zu können, hätten die Frauen gar kein Interesse zu kommen. „Ich habe soeben wieder fünf SMS auf dem Handy von Frauen, die anfragen, ob sie kommen dürfen.“ Er ärgert sich über die Blauäugigkeit der Politiker, die das Geschäft nicht kennen und das Bild vom bösen Freier im Hintergrund und der Frau als Opfer sehen wollen. „Ein Verbrechen muss sich auszahlen. Frauen zur Prostitution zu zwingen, lohnt sich nicht.“» <http://bazonline.ch/basel/stadt/Auf-Umwegen-ins-RotlichtMilieu/story/22553015> - abgerufen am 17.04.2016, ca 17:15 Uhr

(6)

Im Vorfeld der Anfertigung dieser Arbeit, stand eine Anfrage an den Bundesverband erotische und sexuelle Dienstleistung (BesD e.V.) zu den Kostenstrukturen von Sexarbeitsorten. Diese wurde an den Autor dieses Artikels weitergeleitet. Vom BesD e.V. wurden keine weiteren Daten zur Verfügung gestellt. Der Versuch des Autors in Bremen Daten anderer Sexarbeitsorte zu erhalten, führte nicht weiter. Die vom Autor auf sexworker.at angeregte Diskussion zum Thema „faire Mieten“ verlief bis zum 20.05.2016 ohne nennenswerte Ergebnisse. (*Transparente Betriebsführung - Zimmermieten - Diskussion* <http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?t=13346>)

(7)

Klaus Fricke - Sexdienstleistungsbetriebe zwischen Wirtschaftsorientierung und Unterstützung der freien Mitarbeiter_innen,

Vortrag bei: Wege aus der Grauzone (VI), Friedrich Ebert Stiftung, Bonn, 09.04.2014, Download <http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?p=140701#140701> - abgerufen am 17.04.2016, ca 17 Uhr

(8)

Diskussion nach Film SEXarbeiterin in Bremen am 10. März 2016

(9)

Die Kritik steht stellvertretend für eine verbreitete Meinung unter Sexarbeitenden. Sie wurde von der Person, die sie äusserte, mit einer Entschuldigung gegenüber dem „Haus9“ zurückgezogen. <http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?t=12889> - Beitrag 8, abgerufen am 17.04.2016, ca 17 Uhr

(10)

EMMA vom 02.09.2014 - Wer sind die "Sexarbeiterinnen" wirklich?

<http://www.emma.de/artikel/prostitution-von-wem-laesst-die-politik-sich-da-beraten-317675>, abgerufen am 17.04.2016 ca 17 Uhr

(11)

Entwurf eines Gesetzes zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen - Gesetzentwurf der Bundesregierung

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/085/1808556.pdf>, abgerufen am 13.06.2016 ca 14:15 Uhr

(12)

Prof. Dr. Monika Frommel - Wieso gelingt es nicht, die Prostitution angemessen zu regulieren?

«Wenn es aber weder eine effektive Preiskontrolle gibt noch sonst irgendeine Transparenz, wie soll dann Ausbeutung verhindert werden? Es ist schlicht abwegig, diese - wie gehabt - über den bizarren Umweg des Vorwurfs des Menschenhandels, eines Straftatbestandes, der bis vor kurzem regelmäßig auf Veranlassung der EU erweitert wurde, zu verfolgen. Dass dieser Weg zu nichts führt und auch zu nichts führen kann, wissen alle Beteiligten seit Jahren. Wieso soll dann in der Zukunft wiederholt werden, was schon in der Vergangenheit nicht durchdacht, sondern nur ideologische motiviert war? Die Ideologie ist bekannt: Menschenhandel ist immer Zwangsarbeit, Prostitution ist fast immer Zwangsprostitution (bis auf ein paar Exoten). Wie kommen Frauenpolitikerinnen auf diese schlichte Gleichung? Viele Menschen arbeiten unter ökonomischen Zwängen. Bordellbetreiber und Vermittler zwingen (bis auf extreme Ausnahmen) niemanden in die Prostitution.» 16. April 2016, in:

Neue Kriminalpolitik, Heft 1 2016, S. 3-8, zitiert nach

[cuncti.net](http://www.cuncti.net), <http://www.cuncti.net/geschlechterdebatte/932-wieso-gelingt-es-nicht-die-prostitution-angemessen-zu-regulieren-2>

PDF Druckversion, S. 5.f, abgerufen am 18.04.2016 ca 09:30 Uhr

(13)

Der Artikel von **Dr. Richard Reichel und Karin Popper: Prostitution: der verkannte Wirtschaftsfaktor**, in: Aufklärung und Kritik, Nürnberg, Heft 2/2003 ist ein interessanter, jedoch, soweit dem Autoren dieses Artikels bekannt, nicht weiter verfolgter Versuch, sich dem Feld der erotischen und sexuellen Dienste mit ökonomischen Überlegungen zu nähern. Auch in ihm aber werden die Kostenstrukturen von Sexarbeitsorten nicht beleuchtet. Die Annahme der Ausbeutung durch Vermietende bleibt daher bei Reichel und Popper im Raum.

«Sinnvoller wäre es, den Prostitutionssektor vollständig zu legalisieren und zu liberalisieren und anschließend Steuern, beispielsweise in Form einer Einkommensteuer nicht nur zu erheben, sondern diese auch zu erhalten. Dann wäre die Einkommensposition der Angebotsseite zwar auch nachteilig beeinflusst, aber der Staat hätte zumindest Steuereinnahmen. Gegenwärtig stellt sich die Sachlage aber absurdermaßen so dar, dass Anbieter, Nachfrager und der Staat verlieren, während es einige wenige Profiteure der Regulierung (Vermieter, Zuhälter, Tageszeitungen) gibt.» (S. 20)

(14)

Der Durchschnittslohn, den Arbeitgeber je Arbeitsstunde zahlen lag 2015 bei 31,70 €

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/arbeitsstunde-kostet-in-deutschland-31-70-euro-laut-eu-vergleich-a-968845.html>, abgerufen am 11.06.2016, ca 15:30 Uhr

(15)

Das „Haus9“ dokumentiert seine Übersetzungstätigkeit für die Mietenden zum Teil auf www.sexworker.at. Ein guter Teil der dort zu findenden Informationen in Rumänisch stammen vom „Haus9“. Siehe: Informatii si discutii in limba romana, <http://www.sexworker.at/phpBB2/viewforum.php?f=110>; Netzwerk-Ro-Informationen NeRoIn <http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?t=11023>; Studie - Rumänische Sexarbeiterinnen - Arbeitsort Wohnung <http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?p=138988>, ebenso stammen die Übersetzungen der Texte vom Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen e.V. (BesD e.V.) <http://berufsverband-sexarbeit.de/> ins Rumänische <http://berufsverband-sexarbeit.de/ro/> vom „Haus9“.

(16)

Wie auch Sabine Constabel vom Sozialdienst für Prostituierte des Gesundheitsamt der Stadt Stuttgart (<http://www.stuttgart.de/item/show/305824/1/pers/100508?>), die sich unter Nutzung ihr zur Verfügung stehenden öffentlich-rechtlicher Ressourcen für die Abschaffung der Sexarbeit engagiert (<http://www.emma.de/artikel/die-erstunterzeichnerinnen-311977>), einräumt, sind Sexarbeitende über die Werbung, die geschaltet ist, sowohl für die Kundschaft, als auch für Sozialarbeit und Polizei auffindbar. Ein Dunkelfeld, so Frau Constabel zum Umfang der Sexarbeit und zu den tätigen Sexarbeitenden würde es nicht geben. Siehe: SWR - Zur Sache, 29.10.2015, Sollen Freier bestraft werden? ab Sendeminute 11:02, abgerufen am 05.11.2015, 14:20 Uhr, <http://www.swr.de/zur-sache-baden-wuerttemberg/prostitutionsgesetz-sollen-die-freier-bestaft-werden/-/id=3477354/did=16166958/nid=3477354/1dgzson/index.html> (Link ist nicht mehr aktivierbar) »Die Prostitution kann nicht im Dunkelfeld stattfinden, weil der Freier muss die Prostituierte finden. [...] Wenn der Freier die Prostituierte findet, dann findet sie auch die Sozialarbeiterin und dann findet sie auch die Polizei. [...] Eine Prostitution im Dunkelfeld, die überhaupt nicht mehr zu kontrollieren ist, die gibt es nicht. Das ist ein Mythos« (ab 11:02 Sendeminute). Das „Haus9“ nutzt die Daten von Werbeportalen für Sexarbeit, um den Umfang der in Bremen angebotenen erotisch-sexuellen Dienste abschätzen zu können. Es hat diesen methodischen Zugang zum Feld als Grundlage der Datenerhebung 2013 im Rahmen seiner Studie zu Rumänischen Sexarbeitenden erstmals angewandt. Frau Constabel wird diese Studie bekannt sein, sie nennt das „Haus9“ allerdings nicht als Quelle für diesen methodischen Zugang zum Feld. Die Angaben zur Verringerung geschalteter Werbung für Sexarbeitende in Bremen in diesem Artikel gemacht werden, stammen aus der Beobachtung der Daten auf Werbeportalen für erotisch-sexuelle Dienste in Bremen. Das Referenzportal für Bremen ist die *hostessenmeile*. Der Behauptung von Frau Constabel, dass alle Sexarbeitenden über Werbung auffindbar sind, kann nicht zugestimmt werden. Es ist anzunehmen, dass z.B. langjährig in der Sexarbeit tätige Menschen, die ihre Dienstleistungen nicht mehr bewerben, nach wie vor Stammgäste empfangen.

(17)

Die Beobachtung des Marktumfeldes durch das „Haus9“ bezieht sich auch auf die Entwicklung der Sexarbeitsorte in Bremen. Dabei wird insbesondere das Segment der Sexarbeit in Privatwohnungen (Modell-Wohnungen) beobachtet. Seit dem 21.02.2012 wurde in

Bremen die Vermietung an wenigstens 51 vorherigen Sexarbeitsstätten eingestellt. Das verringerte die Zahl der Indoors Arbeitsmöglichkeiten um ca 200. Demgegenüber stehen neue Indoors Arbeitsmöglichkeiten für ca 40 Sexarbeitende. Quelle für diese Angaben sind im wesentlichen die Daten auf der *hostessenmeile*. Ob der Rückgang derwerbenden Sexarbeitenden um ca ein Drittel unmittelbare Folge dieser Verknappung ist, erscheint fraglich. Die Verknappung der Arbeitsmöglichkeiten führte nicht zu einem Anstieg der Suchanfragen beim „Haus9“. Die Anzahl der Gesuche ist dort seit 2015 rückläufig.

(18)

Beispielhaft ist die Diskussion um vorgeblich 40.000 sogenannte Zwangsprostituierte, deren Schleusung zur Fußball WM 2006, so die amtlichen und medialen Aussagen, bereits organisiert wäre: *«„Und wir wissen“, so Hauffe, „dass vor allem in Osteuropa schon jetzt organisiert wird, wie die Prostituierten an den Behörden vorbei in die zwölf Austragungsorte eingeschleust werden können.“*» (Quelle: Weser Kurier vom 9. Apr. 2005, Seite 2, **40.000 Zwangs-Prostituierte kommen zur Fußball-WM**“ - Frauenausschuss des Städtetages fordert mehr Schutz für Betroffene, von Timo Cyriaks und Anne-Careen Stoltze, http://verlag.weser-kurier.de/plus/archiv/ansicht/a/msdcx_filestore_archive/2011/07-15/24/a0/file60io7yvkvp01c2m3ygrj.jpg abgerufen am 17.04.2016 ca 17:30 Uhr, abrufbar nur für Abonnierende der WK - online Ausgabe). Ulrike Hauffe war, als sie das als Tatsache behauptete, die Landesfrauenbeauftragte Bremens, zugleich Leiterin der Zentralstelle für die Gleichstellung der Frau Bremen und Vorsitzende des Frauenausschusses des Deutschen Städtetages. Ihre Behauptung war Ausgangspunkt medialer, politischer und behördlicher Aktivitäten, die 2006 ohne vorzeigbares Resultat und ohne Beweis blieben. Frau Hauffe entschuldigte sich später für die amtliche Desinformation: *«Mein Bedürfnis wäre gewesen, doch irgendwie diese Zahl nicht genannt zu haben, weil es komischerweise immer um diese Zahl gegangen ist.»* (Quelle: **Prostitution - Die Spur der 40.000 - Wie Gerüchte und Klatsch funktionieren**, von Janosch Decker - Deutschlandradio Kultur – Zeitfragen, Beitrag vom 04.09.2014 19:07 Uhr, http://www.deutschlandradiokultur.de/prostitution-die-spurder-40-000.976.de.html?dram:article_id=296569 abgerufen am 17.04.2016 ca 18:00 Uhr). Diese doch wohl als bitter zu bezeichnende Erfahrung hinderte Frau Hauffe Ende 2013 nicht daran, der Öffentlichkeit amtliche Einschätzungen zum Umfang der sogenannten Zwangsprostitution in Bremen als Tatsache zu unterbreiten, die erneut nicht nur ohne Nachweis blieben, sondern bei einer Befragung rumänischer Sexarbeitender durch eine Studie (Freudmann, Fricke u.a. **Sexarbeit in Bremen** Rumänische Sexarbeiterinnen Arbeitsort Wohnung - Sozial, politisch, medial und institutionell fremdbestimmt - Persönlich selbstbewusst und selbstbestimmt. Zahlen und Aussagen, Bremen Februar 2014, Download deutsche und rumänische Version, <http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?p=138988> abgerufen am 17.04.2016 ca 18:30 Uhr), widerlegt wurden. *«Nach Schätzungen der Innenbehörde arbeiten in Bremen rund 600 Prostituierte. „Der überwiegende Teil von ihnen sind Zwangsprostituierte, die ausgebeutet werden“, sagte Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) gestern anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen. Mit der Landesfrauenbeauftragten Ulrike Hauffe hatte er das Thema Zwangsprostitution zum Schwerpunkt des Tages gemacht. „Die Frauen wissen zum großen Teil nicht, dass sie für Zwangsprostitution nach Deutschland kommen“, sagte Hauffe. Sie gingen davon aus, dass sie hier Geld für eine bessere Zukunft verdienen könnten. „Tatsächlich befinden sie sich aber in einem Gewaltverhältnis zwischen Schleppern und Zuhältern, die mit der Angst der Frauen spielen.“*» (Quelle: Weser Kurier vom 26.11.2013, S.11, Problem Zwangsprostitution - Innenbehörde: Großteil der Frauen arbeitet nicht freiwillig / Senator Mäurer will neue Regelungen im Bund, Artikel von Kristin Hermann http://www.weser-kurier.de/bremen/politik2_artikel,-Problem-Zwangsprostitution-_arid,719410.html, abgerufen am 17.04.2016 ca 18:30 Uhr, Hvhbg. K.F.).

(19)

Prof. Dr. Cornelia Helfferich - Dipl. Soz. Päd. Claudia Fischer, Prof. Dr. Barbara Kavemann, Dipl. Soz. Beate Leopold, Ass. jur. Heike Rabe - Unter Mitarbeit von: Dr. Margarete Gräfin von Galen, Rechtsanwältin, Dipl. Psych. Katja Grieger - **„Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes“**, Abschlussbericht Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2005 - S. 288 ff. <http://www.bmfsfj.de/doku/Publikationen/prostitutionsgesetz/pdf/gesamt.pdf> abgerufen am 11.06.2016 ca 17:00

(20)

Exemplarisch seien hier Aussagen einer Broschüre von *Die Linke Bremen* angeführt, die um den 20.12.2010 veröffentlicht wurde. Verantwortlich für die Broschüre zeichnete Monique Troedel, die damalige Fraktionsvorsitzende von *Die Linke Bremen*. Die Broschüre hat den Titel *Käufliche Liebe - Die Frau als Ware - Menschenhandel und Zwangsprostitution* (Die Linke Bremen, Dezember 2010, <http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?p=95559#95559>, Beitrag 57, Download, abgerufen am 23.05.2016, ca 19:30 Uhr) Sie trägt Interviews zusammen, die mit einer Wissenschaftlerin, mit Beratungsstellen für Opfer von Zwangsprostitution und anderen geführt worden waren. Hinzu kommen Artikel die Gespräche mit Fachpersonal von Behörden zusammenfassen, redaktionelle Texte und Anmerkungen, sowie ein von Monique Trödel verfasstes Vorwort und von ihr eingebrachte Kommentare. Ein Interview mit Thea Kleinert der Sprecherin von *Die Linke Bremen* im Ortsbeirat Neustadt, wird ebenso veröffentlicht, wie eine Stellungnahme von der Hurenselfhilfeorganisation Nitribitt e.V. und Beiträge anderer. Zu diesen gehört ein Brief von Mathias Pasdzior, dem Sprecher der damaligen Initiative gegen die Zwangsprostitution in der Essener Straße so die Tatsachenbehauptung der damaligen *Linke Bremen* in ihrer Broschüre. (M. Pasdzior: *«Die Bürgerinitiative Essener Straße ist natürlich kampfbereit»* in Sat1 Regional, Sendung vom 16.03.2010, ab Sendeminute 12:26). In 2010 beschäftigte die Bremer Öffentlichkeit für einige Zeit der erste von der Betreibenden des „Haus9“ eröffnete Sexarbeitsort in der Essener Straße zu Bremen, der schließlich aus Gründen des Baurechts geschlossen werden mußte. In der veröffentlichten Diskussion ging es dabei um Menschenhandel und Zwangsprostitution, die allgemein in unmittelbarer Nachbarschaft der guten Gesellschaft (S. 34) und speziell in der Essener Straße verortet wurden. Beweise für diese Behauptung wurden nicht vorgebracht. Und: Die Polizei Bremen äusserte sich klar zu diesem Sexarbeitsort: *«Erkenntnisse für Zwangsprostitution lägen nicht vor»* (K 44, Gregor Weisner, in Sat1 Regional, Sendung vom 16.03.2010, ab Sendeminute 11:47). Es handelt sich bei dieser Aussage also um eine falsche Tatsachenbehauptung, zum Nachteil der heutigen Betreiberin des „Haus9“, um eine Verleumdung. Die Aussage von *Die Linke Bremen* im redaktionellen Teil ihrer Broschüre im Wortlaut: *»Die BürgerInnen in der Essener Straße in der Neustadt wehrten sich im Frühjahr dieses Jahres gegen Zwangsprostitution in ihrer Straße. Unterstützt wurden sie in ihrem Protest unter anderem von den LINKEN.»* (S. 34). Thea Kleinert als Zuständige von *Die Linke Bremen* für die Neustadt wird im Anschluss auf Seite 36 befragt, was in der Essener Straße los war und was sie empfunden hat, als sie von der Situation der Frauen hörte. Sie antwortet *«Für mich hat Prostitution etwas mit der Ausübung von Gewalt zu tun ... Unabhängige Prostituierte, die freiwillig und bewusst*

den Beruf der Sexarbeiterin ausüben, kenne ich nur aus der Nachdenk-Version des „Kapital“ von Karl Marx (Rimini Protokoll). Ich wünsche den Frauen, dass sie einen Weg finden, der ihnen ein Leben und Arbeiten in Würde aufzeigt, ohne Ausbeutung durch ZuhälterInnen.» (S. 36) Im weiteren nimmt Sie zur Zwangsprostitution Stellung: «Zwangsprostitution bedeutet Menschenhandel, physische und psychische Gewalt. Das ist die Entwürdigung des Menschen zur Ware. Opfer der Zwangsprostitution werden zu Leibeigenen einer Organisation oder Personen gemacht, die sich durch Erzwingung der Prostitution bereichern. Es ist ein Massengeschäft mit der Angst. Menschenhändler leben wie Parasiten und haben keinen Respekt vor dem Leben anderer Menschen.» (S. 37, Hvhbg in den Zitaten K.F.). Die Parasiten Aussage fällt im Zusammenhang mit der damaligen Location der heutigen Betreiberin des „Haus9“, gegen die sich Bürgerinnen der Essener Straße, unterstützt von *Die Linke Bremen* wehrten, da dort, so ihre Verleumdung, Zwangsprostitution stattfände. Gerichtlich und bei anderen Gelegenheiten wurde auch der Autor von Mitgliedern der Initiative als Betreibender der Essener Straße genannt, also als ein für Zwangsprostitution Verantwortlicher Parasit. In der Sendung *buten und binnen* (Radio Bremen, Sendung vom 12.03.2010) wurde er folgerichtig, nachdem die verantwortliche Redakteurin Mitglieder der Initiative, insbesondere Mathias Pasdzior deren Sprecher interviewt hatte, als Zuhälter bezeichnet. Die Betreiberin des heutigen „Haus9“ und der Autor dieses Artikels: Parasiten die keinen Respekt vor dem Leben anderer Menschen haben. Dieser Umgang mit Aktiven in der Sexarbeit, befördert Hass gegen sie. Er ist ein Beispiel wie ihre Stigmatisierung, mit der sie fortgesetzt konfrontiert und geschädigt werden, (re) konstruiert wird. Verantwortlich dafür sind diejenigen, die besonders lautstark vorgeben den Schutz von Sexarbeitenden zu verfolgen (Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/J%C3%BCdischer_Parasit).